

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
A) Einführung in die Thematik	25
B) Stand der wissenschaftlichen Diskussion	27
C) Gang der Untersuchung	29
Kapitel 1 Die neuen außenwirtschaftsrechtlichen Regelungen zur Untersagung von Unternehmensbeteiligungen	31
§ 1 Anlass der Neuregelung. Die Abwehr (neuer) institutioneller Investoren – Staatsfonds, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften	31
I. Staatsfonds als Anlassgeber für Investitionsbeschränkungen	32
1. Rechtliche Struktur und Motive von Staatsfonds	32
2. Befürchtungen in den „Zielstaaten“ und die Reaktion der Staatsfonds	34
3. Rechtstatsächliche Dimension und Investitionsverhalten	36
4. Fazit	38
II. Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften	38
1. Struktur und Investitionsverhalten dieser Marktakteure	38
a) Hedgefonds	38
b) Private-Equity-Gesellschaften	40
2. Befürchtungen und Risiken im Zusammenhang mit Finanzinvestoren	42
III. Zusammenfassung	43
§ 2 Die Neuregelung im AWG und der AWV im Einzelnen	44
I. Die Systematik der Eingriffsgrundlagen des AWG	44
II. Einschränkungen des Unternehmenserwerbs in der Rüstungsbranche	46
III. Die neue Rechtslage: Voraussetzungen eines Eingriffs	47
1. Überblick über die Neuregelung	47
a) Die Neuregelung im AWG und der AWV	47
b) Exkurs: Rechtsnatur der Neuregelung in der AWV	49
	7

2. Die Voraussetzungen der Neuregelung im Einzelnen	50
a) Beteiligungserwerb	50
aa) Gebietsansässige und Gemeinschaftsfremde	50
bb) Direkter Erwerb	52
cc) Mittelbarer Erwerb	54
dd) Nicht erfasste Umgehungsmöglichkeiten	56
ee) Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung	59
b) Zuständigkeit und Verfahren	60
c) Informationsproblematik	62
IV. Rechtsfolgen	63
1. Untersagung oder Erlass von Anordnungen	63
2. Zivilrechtliche Folge und die internationalprivatrechtliche Absicherung	64
3. Durchsetzbarkeit der Sanktionen beim mittelbaren Erwerb	67
a) Verwaltungsrechtliches Verbot	67
b) Zivilrechtliche Sanktion	68
V. Rechtsschutz	69
VI. Zusammenfassung	70
§ 3 Vergleichbare Regelungssysteme in den USA und Frankreich	71
I. Die Rechtslage in den USA	72
1. Entwicklung der Kontrolle von sicherheitsrelevanten Unternehmensbeteiligungen in den USA	72
2. Die geltende Rechtslage	73
a) Erfasste Transaktionen	73
b) Der dreistufige Ablauf des Prüfverfahrens	74
3. Rechtstatsachen	75
4. Bewertung	76
II. Die Rechtslage in Frankreich	78
1. Die geltende Rechtslage	78
a) Erfasste Transaktionen	78
b) Ablauf des Genehmigungsverfahrens und Kriterien für eine Untersagung	80
2. Rechtstatsachen	81
3. Bewertung	81
III. Zusammenfassung	82
IV. Alternativer Regelungsansatz: Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit im Rahmen der Zusammenschlusskontrolle	83
§ 4 Verbandskompetenz der Bundesrepublik für die Neuregelung	84
I. Grundsätzliches zu den Kompetenzen der Union	84
II. Arten von Kompetenzen	86
1. Voraussetzungen sowie Wirkungen einer ausschließlichen Kompetenz	86

2. Die nicht-ausschließlichen Kompetenzen	87
a) Konkurrierende Kompetenz	87
b) Parallele Kompetenz	88
3. Zusammenfassung und Folgerung für die weitere Darstellung	89
III. Die Außenwirtschaftskompetenzen der Union als Kompetenzsperrre für Beschränkungen des Erwerbs von Unternehmen und Beteiligungen an Unternehmen	90
1. Die Unionskompetenz in Art. 64 Abs. 2 AEUV	90
a) Erfasste Maßnahmen dieser Kompetenznorm	90
b) Erfasste Regelungsbereiche: Die Direktinvestitionen	92
c) Der kompetenzkategoriale Charakter des Art. 64 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV	93
aa) Argumente für eine ausschließliche Kompetenz	93
bb) Argumente für eine nicht-ausschließliche Kompetenz	94
d) Ergebnis	96
2. Die Unionskompetenz im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik	97
a) Gegenstand der Gemeinsamen Handelspolitik nach Art. 207 AEUV	97
aa) Erfasste Regelungsbereiche nach Art. 133 EG	97
bb) Zwischenergebnis	99
cc) Einbeziehung von Direktinvestitionen durch den Vertrag von Lissabon	99
dd) Folgen der Einführung einer neuen Kompetenzvorschrift für bestehendes mitgliedstaatliches Recht	100
b) Kompetenzieller Überschneidungsbereich mit Art. 64 Abs. 2 und 3 AEUV	101
aa) Vorrang einer Kompetenznorm	101
bb) Abgrenzung der Kompetenznormen	103
cc) Vergleich der Verfahrensanforderungen	104
c) Der kompetenzkategoriale Charakter	105
aa) Argumente für eine ausschließliche Kompetenz	105
bb) Probleme der Charakterisierung als ausschließliche Kompetenz und denkbare Lösungsansätze	108
cc) Stellungnahme	111
3. Ergebnis	116
Kapitel 2 Ökonomisches Grundverständnis und dessen schrittweise Verwirklichung im Primärrecht	117
§ 5 Wirtschaftliche Bedeutung freier internationaler Kapitalbewegungen	118

I. Wirtschaftswissenschaftliche Begriffsbestimmung zu Kapitalbewegungen	118
1. Kapital	118
a) Sachkapital und Geldkapital	118
b) Einschränkung des Kapitalbegriffs bei Kapitalbewegung	119
2. Internationale Kapitalbewegung	120
II. Motive für Portfolio- und Direktinvestitionen	121
1. Motive für Portfolioinvestitionen	121
2. Motive für Direktinvestitionen	123
III. Auswirkungen internationaler Kapitalbewegungen	124
1. Effiziente Kapitalallokation und Wirtschaftswachstum	124
2. Auswirkungen der Zahlungsbilanzänderung auf den Handel	126
a) Induzierte Kapitalbewegungen	127
b) Autonome Kapitalbewegungen	128
3. Auswirkung auf die nationale Geldpolitik	129
IV. Einschränkungen internationaler Kapitalbewegungen	130
1. Gründe	131
a) Stabilitätsbezogene Argumente	131
b) Gruppenbezogene Argumente	133
c) Politische Argumente	134
d) Wiedererlangung geldpolitischer Souveränität	134
2. Durchführbarkeit und Wirkungen	135
V. Zusammenfassung zur wirtschaftlichen Bedeutung freier internationaler Kapitalbewegungen	137
§ 6 Die schrittweise Kodifizierung der ökonomischen Vorgaben im Primärrecht	138
I. Historische Entwicklung der Kapitalverkehrsfreiheit	138
1. Die Kapitalverkehrsfreiheit im Gründungsvertrag	138
2. Die Entwicklung durch die beiden ersten Richtlinien	140
3. Die Richtlinie 88/361/EWG	142
4. Die Entwicklung durch den Vertrag über die Europäische Union und die Folgeverträge	143
5. Ergebnis	144
II. Die Bedeutung der Kapitalverkehrsfreiheit für die Ziele der Union	144
1. Ziele der Union	144
2. Beitrag der Kapitalverkehrsfreiheit für die Ziele der Union	146
a) Binnenmarkt	146
b) Wirtschafts- und Währungsunion	147
III. Ordnungspolitischer Rahmen der Kapitalverkehrsliberalisierung	149

Kapitel 3 Der Schutz grenzüberschreitender Unternehmensbeteiligungen und Unternehmensübernahmen durch die Kapitalverkehrsfreiheit	151
§ 7 Unternehmensübernahmen als Kapitalverkehrsvorgang	151
I. Der sachliche Anwendungsbereich bei Übernahmevergängen	151
1. Präzisierung des Begriffs „Unternehmenskauf“	151
2. Begriff des Kapitalverkehrs: Wortlautauslegung	152
3. Historische Annäherung: Der Definitionsentwurf für den Gründungsvertrag	153
4. Systematische Vorgaben	154
5. Die Praxis des EuGH und Bedenken gegen diese Praxis	155
a) Auslegung nach der Richtlinie 88/361/EWG	155
b) Bedenken aus der zeitlichen Geltung der Richtlinie 88/361/EWG	156
c) Bedenken aus der Rangordnung des Europarechts	157
d) Ergebnis	159
6. Definitionselemente	159
a) Die Wertübertragung	160
b) Das einschränkende Kriterium der Einseitigkeit	162
c) Das einschränkende Kriterium des Anlagecharakters	163
aa) Der Anlagecharakter als notwendige Voraussetzung für Kapitalverkehr	163
bb) Der Anlagecharakter und die Abgrenzung zur Zahlungsverkehrsfreiheit	165
cc) Der Anlagecharakter und die Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	166
7. Zwischenergebnis zum Begriff des Kapitalverkehrs	167
8. Grenzüberschreitendes Element	167
9. Beteiligungs- und Übernahmevergänge als Kapitalverkehr	170
a) Gesellschaftsanteile als Kapital	170
b) Kapitalverkehrsvorgänge beim Anteilserwerb	171
aa) Derivativer Erwerb	171
bb) Originärer Erwerb	172
cc) Dividendenzahlungen und das Halten der Anteile	173
c) Zwischenergebnis	174
10. Ergebnis	174
II. Der persönliche Anwendungsbereich bei Übernahmevergängen	174
1. Berechtigung aus Art. 63 Abs. 1 AEUV	175
2. Angebots- und Nachfragefreiheit	177
3. Insbesondere: Staatliche Stellen als Berechtigte – Staatsfonds	178
4. Ergebnis	179
III. Zwischenergebnis	180

IV. Begrenzung des Schutzmanges der Kapitalverkehrsfreiheit beim Anteilserwerb durch das Konkurrenzverhältnis zur Niederlassungsfreiheit?	180
1. Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit bei Übernahmevergängen	180
a) Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen als Niederlassungsvorgang	181
aa) Der tatsächliche wirtschaftliche Vorgang als Kriterium	182
bb) Der Gegenstand der beschränkenden Norm	183
cc) Stellungnahme	184
b) Der maßgebliche Beteiligungsumfang	184
aa) Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen	185
bb) Einfluss des Sekundärrechts und anderer Normen	186
cc) Maßgeblichkeit des nationalen Gesellschaftsrechts	187
2. Persönlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	188
3. Zwischenergebnis	190
4. Praktische Bedeutung der Konkurrenzproblematik	190
5. Primärrechtliche Hinweise zum Konkurrenzverhältnis	191
6. Die Rechtsprechung zum Konkurrenzverhältnis	192
a) Parallele Anwendbarkeit in der früheren Rechtsprechung	193
b) Fazit	197
c) Die neuere Rechtsprechung – Schwerpunktbildung	198
aa) Erste Anzeichen einer Schwerpunktbildung	198
bb) Die Rechtsprechungsänderung im Fall Cadbury Schweppe	199
cc) Das Verhältnis zwischen Kapitalverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit – <i>Fidium Finanz</i>	200
dd) Test Claimants in the FII Group Litigation	204
ee) Übertragung auf das Verhältnis zur Niederlassungsfreiheit – <i>Test Claimants in the Thin Cap Group Litigation</i>	205
ff) Die Verfestigung der Rechtsprechung: Die Rechtsache <i>Holböck</i>	206
d) Zusammenfassung und erste Bewertung der neueren Rechtsprechung	208
7. Auffassungen in der Literatur	209
a) Prüfung am Maßstab einer Freiheit	209
aa) Exklusivität der Anwendungsbereiche	209
bb) Subsidiarität einer Freiheit	210
b) Parallelität	212
8. Systematische und teleologische Argumente für eine parallele Anwendung	213

a) Systematische Überlegungen für die parallele Anwendung der Freiheiten im Überschneidungsbereich	213
b) Teleologische Betrachtung des Konkurrenzverhältnisses	214
9. Ergebnis	219
§ 8 Das Verbot mitgliedstaatlicher Beschränkungen des Kapitalverkehrs	219
I. Beschränkungs- und Diskriminierungsverbot	219
1. Diskriminierungen	220
a) Anknüpfungspunkt für den Vergleichsmaßstab	221
b) Direkte Diskriminierungen	222
c) Verdeckte Diskriminierung	224
d) Zusammenfassung zum Diskriminierungsverbot	226
2. Grundsätzliches Beschränkungsverbot	226
a) Weites Beschränkungsverbot in der Rechtsprechung	226
b) Billigung der Rechtsprechung durch die Literatur	227
3. Reichweite des Beschränkungsverbots	228
a) Eingrenzung des Verbotstatbestandes durch immanente Schranken	228
b) Weitere Begrenzung des Verbotstatbestandes	229
aa) Eingrenzung des Verbotstatbestandes in der EuGH-Rechtsprechung	230
bb) Der Meinungsstand im Schrifttum	231
cc) Diskriminierungsverbot und transaktionsbezogenes Beschränkungsverbot	233
II. Adressaten des Verbots	237
III. Ergebnis	237
 Kapitel 4 Die Kapitalverkehrsfreiheit zu Drittstaaten	238
§ 9 Begriff des Drittstaates in Art. 63 Abs. 1 AEUV	238
I. Einführung in die Problematik	238
II. EU-Mitgliedstaaten, EWR-Staaten und Drittstaaten	239
1. Geltungsbereich des AEUV, Überseeische Länder und Gebiete	239
2. EWR-Staaten	241
3. OECD-Staaten	243
4. Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds	244
5. Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation	245
6. Zusammenfassung	246
§ 10 Geschriebene Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs im Verhältnis zu Drittstaaten	247
I. Ausnahmsweise zulässige Beschränkungen, Art. 64 Abs. 1 AEUV	247
1. Tatbestandsvoraussetzungen	247

2. Zweck der Norm: Reziprozitätssicherung	249
3. Ergebnis zu Art. 64 Abs. 1 AEUV, Bewertung	251
II. Die Kompetenz der Union für Maßnahmen gegenüber Drittstaaten	
in Art. 64 Abs. 2 sowie Art. 66 AEUV	252
1. Art. 64 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV	252
a) Voraussetzungen	252
b) Bewertung	253
2. Schutzmaßnahmen gegenüber Drittstaaten, Art. 66 AEUV	254
a) Voraussetzungen	254
b) Bewertung	255
III. Gesamtbewertung der Art. 64 Abs. 2 und 66 AEUV	256
§ 11 Die Rechtsprechung des EuGH zu Fällen mit Drittstaatsbezug	256
I. Erste Entscheidungen mit Drittstaatsbezug	256
1. Sanz de Lera u. a.	256
2. Église de scientologie	257
3. Ospelt	258
II. Die neuere Entwicklung	259
1. Fidium Finanz, Test Claimants in the Thin Cap Group Litigation, A&B, Lasertec, Stahlwerke Ergste Westig	259
2. Test Claimants in the FII Group Litigation	261
3. Holböck	263
4. A und Orange European Small Cap Fund	264
III. Ergebnis zur Rechtsprechungsanalyse	266
§ 12 Wirkung und Reichweite der Kapitalverkehrsfreiheit zu Drittstaaten	267
I. Die unmittelbare Wirkung des Art. 63 Abs. 1 2. Alt. AEUV	267
1. Problemaufriss	
a) Begriff der unmittelbaren Wirkung, Geltung und Anwendbarkeit	267
b) Voraussetzung der unmittelbaren Wirkung	268
c) Die teleologische Begründung der unmittelbaren Wirkung der Grundfreiheiten durch den EuGH	269
d) Fazit für die weitere Untersuchung	271
2. Die Subsumtionsfähigkeit des Art. 63 Abs. 1 2. Alt. AEUV	271
3. Systematische Zweifel an der Subsumtionsfähigkeit	273
4. Normzwecke des Art. 63 Abs. 1 2. Alt. AEUV – Notwendigkeit der unmittelbaren Wirkung	275
a) Ein weltweiter gemeinsamer Markt für Kapital?	276
aa) Der Begriff der „offenen Marktwirtschaft“ nach Art. 119 Abs. 1 AEUV	277
bb) Fehlende positive Integration	279
b) Bedeutung für die Wirtschafts- und Währungsunion	280
c) Die Absicherung des Binnenmarktes nach außen	284

aa) Vergleich mit der Warenverkehrsfreiheit und dem freien Verkehr von Personen	284
bb) Übertragung auf die Kapitalverkehrsfreiheit	287
cc) Systematisierende Schlussbetrachtung zur Notwendigkeit der Absicherung der Grundfreiheiten nach außen	289
d) Zwischenergebnis	290
e) Die unmittelbare Wirkung angesichts der Normzwecke	290
aa) Einschränkende personale Kriterien	293
bb) Der Verhandlungsspielraum der Union und die Abkommenpraxis als untaugliches Argument gegen die unmittelbare Wirkung	294
cc) Zwischenergebnis	298
5. Ergebnis	298
II. Modifikation des Schutzmanges der Kapitalverkehrsfreiheit zu Drittstaaten aus systematischen oder teleologischen Gründen	298
1. Systematik – Der Vergleich mit der Warenverkehrsfreiheit	299
2. Historischer Beleg eines transaktionsbezogenen Verständnisses	300
3. Teleologische Auslegung: Differenzierung nach Art der beschränkenden Maßnahme	300
a) Vorgehensweise – Begriffsbestimmung für die folgende Darstellung	301
b) Transaktionsbezogene Maßnahmen	301
aa) Nicht-fiskalische transaktionsbezogene Maßnahmen	302
bb) Fiskalische transaktionsbezogene Maßnahmen	303
cc) Zwischenergebnis	305
c) Nicht-transaktionsbezogene Maßnahmen	306
aa) Die Reichweite des Beschränkungsverbots im Bereich der internen Marktregulierung	306
bb) Nicht-fiskalische Maßnahmen der internen Marktregulierung	308
cc) Fiskalische Maßnahmen der internen Marktregulierung	310
dd) Hinnehmbarkeit und Begründung der unterschiedlichen Behandlung von fiskalischen und nicht-fiskalischen Maßnahmen ohne Transaktionsbezug	312
d) Anderer Ansatzpunkt: Die fehlende Vergleichbarkeit	313
4. Ergebnis und Zusammenfassung	315
III. Modifikation des Rechtfertigungsmaßstabes	316
1. Grundlegendes zur Rechtfertigung	316
2. Rechtfertigungsgründe im Drittstaatsverkehr in der Rechtsprechung des EuGH	317

3. Erweiterte Rechtfertigungsmöglichkeiten im Drittstaatsverkehr	318
a) Fehlende Binnenmarktfinalität	319
b) Berücksichtigung des unterschiedlichen Rechtsrahmens	319
aa) Insbesondere: Die Amtshilferichtlinie und die Beitreibungsrichtlinie	320
bb) Weitere Beispiele – Entwicklung einer Regel	321
IV. Zusammenfassung/Ergebnis	323
V. Beispielhafte Einordnung einiger Entscheidungen der Gerichts- hofes zu Art. 63 Abs. 1 2. Alt. AEUV in die soeben aufgestellte Ordnung	324
VI. Folgerungen für den weiteren Gang der Untersuchung	325
 Kapitel 5 Die Vereinbarkeit der Regelung in §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG und 53 AWV mit der Freiheit des Kapitalverkehrs	326
§ 13 Exkurs: Auswirkung der Übernahmerichtlinie auf die Neuregelung	326
I. Offenlegungspflichten und §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	327
II. Die Durchgriffsregel und staatliche Sonderrechte	327
III. Ergebnis	331
§ 14 Beschränkung der Freiheit des Kapitalverkehrs durch	332
§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG und § 53 AWV	332
I. Eröffnung des Anwendungsbereichs durch §§ 7 AWG, 53 AWV	332
1. Persönlicher Anwendungsbereich	332
2. Sachlicher Anwendungsbereich	332
a) Anteilserwerb als Kapitalverkehr	332
b) Grenzüberschreitender Bezug	333
aa) Direkter Erwerb	333
bb) Mittelbarer Erwerb: Inlandssachverhalte, innergemeinschaftlicher Kapitalverkehr und Kapitalverkehr mit Drittstaaten	334
cc) Zusammenfassung	335
c) Konkurrenzverhältnis zur Niederlassungsfreiheit	336
aa) Anwendungsbereich und Konkurrenzverhältnis nach der neuen EuGH-Rechtsprechung	336
bb) Anwendungsbereich und Verhältnis der Freiheiten nach der oben dargelegten Auffassung	338
cc) Ergebnis	338
II. Exkurs: Zum Anwendungsbereich und zur Beschränkung der Niederlassungsfreiheit beim mittelbaren Erwerb in der Missbrauchskonstellation	339

III. Beschränkung des Kapitalverkehrs durch §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	342
1. Beschränkungswirkung	342
a) Die abstrakte Wirkung des Gesetzes	342
b) Die Untersagung im Einzelfall	344
2. Besonderheiten des Drittstaatsfalls – Einordnung in die oben aufgestellte Ordnung	344
3. Ergebnis	345
IV. Relevanz des Art. 345 AEUV für die Einschränkungen des Beteiligungs- und Unternehmenserwerbs	345
1. Reichweite des Art. 345 AEUV bei der staatlichen Beschränkung der Beteiligung Privater an Unternehmen	345
a) Begriffsinhalt Eigentumsordnung	345
b) Reichweite der Norm bei der Einflussnahme auf die Anteilseignerstruktur in privaten Gesellschaften	347
aa) Eigentumsordnung nur bei Einflussnahme des Staates über zivilrechtliches Eigentum	347
bb) Die öffentlich-rechtliche Einflussnahme als Teil der Eigentumsordnung	348
cc) Stellungnahme	350
2. Die Unberührtheit der Eigentumsordnung und §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	351
V. Die Bedeutung des Art. 346 AEUV für §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	352
§ 15 Europarechtliche Rechtfertigung der Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit durch §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	353
I. Überblick über die Rechtfertigungsgründe der Kapitalverkehrsfreiheit und allgemeine Prinzipien	353
1. Geltung des Art. 65 AEUV auch im Verkehr mit Drittstaaten	353
2. Zwingende Erfordernisse des Allgemeininteresses	353
3. Beschränkung auf nicht-protektionistische Gründe	355
4. Verhältnismäßigkeit und Verbot der willkürlichen Diskriminierung und verschleierten Beschränkung	356
a) Verhältnismäßigkeit	356
b) Das Verbot der willkürlichen Diskriminierung und verschleierten Beschränkung, Art. 65 Abs. 3 AEUV	358
II. Der Schutz der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit bei Beschränkungen des Erwerbs von Unternehmen und Beteiligungen an Unternehmen	359
1. Öffentliche Ordnung oder Sicherheit	359
2. Öffentliche Ordnung oder Sicherheit und Anteilserwerb	360
a) Unternehmen in „Schlüsselbranchen“	361

aa) Beispielhafte Aufzählung von Branchen	361
bb) Konkretisierung der betroffenen Branchen	362
cc) „Schlüsselbranchen“ und §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	366
b) Schwerwiegende Gefährdung, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt	366
c) Die Unverhältnismäßigkeit der Beschränkungen durch §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV	367
aa) Eignung zur Förderung eines legitimen Zweck	368
bb) Keine Erforderlichkeit der Regelung	369
cc) Angemessenheit	376
dd) Besonderheit des Drittstaatsbezuges	377
3. Keine Auswirkungen des Vorbehalts in Art. 65 Abs. 2 AEUV	378
4. Ergebnis	378
 Zusammenfassung	380
A) Neue Akteure bei grenzüberschreitenden Unternehmensübernahmen und die Reaktion des deutschen Gesetzgebers	380
B) Wirtschaftliche Auswirkungen freien Kapitalverkehrs und die schrittweise Kodifizierung dieser Erkenntnisse im Primärrecht	382
C) Die Relevanz der Kapitalverkehrsfreiheit bei Beteiligungen an Unternehmen und das Konkurrenzverhältnis zur Niederlassungsfreiheit	382
D) Die Kapitalverkehrsfreiheit zu Drittstaaten	383
E) Die Unvereinbarkeit der §§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, 53 AWV mit der Freiheit des Kapitalverkehrs	384
 Literaturverzeichnis	387